

Rote Krähe

UND TÄGLICH GRÜSST DER ARMENHAS EINE POLEMIK

UPGRADE FÜR KÄLTEBUS?

Immer noch fehlt es an genügend Nachtquartieren für Wohnungslose! Gerade in den Wintermonaten erfrieren die Menschen nachts auf den Straßen. Der Kältebus braucht mehr Zuschüsse, um dem entgegen steuern zu können.

Seite 3

AUS FÜR DAS STADTBAD

Die letzte Ratssitzung hat das Schicksal unseres Stadtbades besiegelt. Jetzt bleibt nur noch ein Bürgerbegehren, damit die Herrenparty morgens um sechs wieder stattfinden kann. Mit einem Neubau nur für's Lehrschwimmen geben wir uns nicht zufrieden.

Seite 4

SCHULDEN MACHEN JETZT

Statt Corona-bedingte Schulden über einen lang angelegten Zeitraum zurück zu zahlen, wie vom Land NRW angeboten, will die Krefelder Ampelkoalition bis 2025 alle Mehrausgaben aus den städtischen Rücklagen begleichen. 90 Millionen fehlen dadurch für bitter benötigte Investitionen.

Seite 6

Seit Tagen ist die Lokalpresse voll davon, egal ob Rheinische Post oder Westdeutsche Zeitung. Alle haben sie etwas dazu zu sagen, egal ob Christoph Borgmann als Einzelhändler und Vorsitzender der Werbegemeinschaft Krefeld, ob die CDU-Fraktion, ob die Parkhausbetreiber oder OB Frank Meyer. Sie alle haben ein neues Feindbild entdeckt: Die Obdachlosen und um Geld fragende Menschen in der Innenstadt.

Dabei schlagen die Beschwerdeführer in alle Richtungen um sich. Mal geht es um eine „aggressive Form des Bettelns“, mal um „Konsum von Drogen“, „Pöbeleien“, „schlafende Obdachlose in Geschäftseingängen“ oder „wildes Urinieren“. Frau Brandt von der Westdeutschen Zeitung ist sich auch nicht zu schade, Straftaten wie illegales Glücksspiel in eine Reihe mit den „Taten“ der

benachteiligten Menschen zu stellen, die im besten Fall als Ordnungswidrigkeit zu werten sind. In den meisten Fällen dürften sie allerdings völlig legal sein.

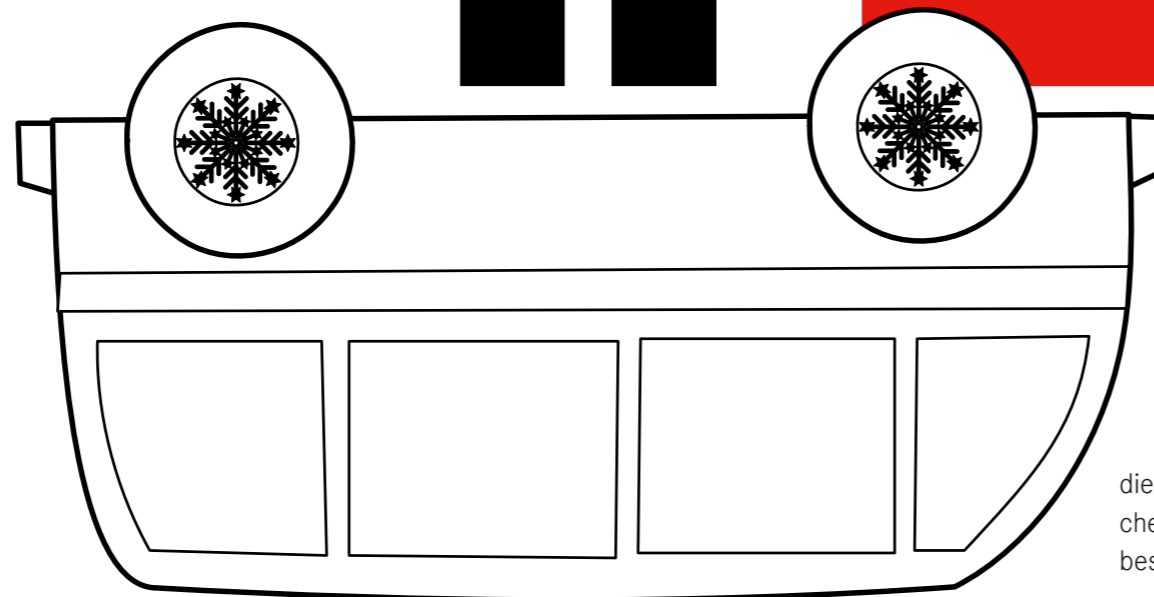
All diese Schilderungen haben eins gemeinsam: sie richten sich gegen die Ärmsten in unserer Stadt, obdachlose, benachteiligte und abgehängte Menschen, die oftmals nur ihren grundlegendsten Bedürfnissen nachgehen. Diese Menschen sind keine potentiellen Kunden für die Einzelhändler der Innenstadt und sie parken nicht ihren SUV in einem der Parkhäuser, kurzum: sie werden als unerwünscht in der Innenstadt dargestellt und sollen von hier verschwinden.

[weiter auf Seite 2 ...]

[... Fortsetzung von Seite 1]

Und so fällt den Beschwerdeführern um Herrn Borgmann und den Verantwortlichen nur wieder eine Lösung ein: Drangsalieren und Verdrängen. Statt Geld für Obdachlosencafés, Sozialarbeiter:innen oder andere Hilfsprojekte bereitzustellen, sollen vermehrt Platzverweise erteilt oder Verwargelder kassiert werden. Den Ärmsten unserer Gesellschaft sollen so dann auch noch die mühsam erkämpften Almosen genommen werden, damit sich für sie auch wirklich gar nichts verbessert. Es wäre auch wirklich zu schade, wenn Herrn Borgmann das Weihnachtsgeschäft mit all seinen Sinnlos-Käufen und heraufbeschworener Heile-Welt-Atmosphäre durch arme Menschen verhagelt wird. Zum Glück gibt es handelnde Menschen wie Herrn Borgmann, OB Meyer, Frau Polizeipräsidentin Frücht oder die Vertreter:innen der Lokalpresse. Frohe Weihnachten!

KV Sebastian Schubert
Vorstand DIE LINKE, Krefeld



Überlebensnotwendig: Menschen, die es nicht mehr selbstständig in Notunterkünften schaffen, benötigen dringend die rettende Hand der Kältehilfen. In fast allen Metropolen NRW fährt bei Bedarf ein Kältebus zu gefährdeten Wohnungslosen, spendet warme Mahlzeiten, Kleidung, einen warmen Schlafsack und sichert die (medizinische) Weiterversorgung in der Nacht. Besonders prekär: Dass der Krefelder Kältebus nicht immer rausfahren kann, liegt an personellen Streitigkeiten mit der Stadt, Finanzierungsproblemen und nicht gestellten Anträgen.

Tafeln, Suppenküchen und kommunale Hilfsangebote können sich oft nur tagsüber um Personen, die der Straße ausgesetzt sind, kümmern. Doch gerade in den Wintermonaten erfrieren die Menschen nachts auf den Straßen. Noch schwieriger zu schätzen als die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland, ist die steigende Zahl der Kältetoten unter ihnen. So genau will man es vielleicht auch gar nicht wissen. In Deutschland gibt es mindestens 678.000 Menschen ohne Wohnung, in Krefeld wahrscheinlich über 200.¹ Die Zahl der Wohnungslosen hat sich nach dem erhöhten Andrang von Menschen auf der Flucht 2016 verdoppelt, ca. zwei Drittel der Wohnungslosen sind Geflüchtete. Die Pandemie hat die ohnehin gefährliche Situation noch weiter dramatisiert,

KREFELD BRAUCHT DRINGEND EINE NEUAUFSTELLUNG DES KÄLTEBUSSES

die Zahl der Notunterkünfte wurde mancherorts halbiert, das Infektionsrisiko ist besonders hoch.

Helfen können Sie, in dem Sie Menschen, die es aus eigener Kraft nicht mehr in eine Notübernachtungsstelle schaffen, einen Kältebus rufen.² Wenn Sie sich nicht sicher sind, ob sich jemand in einer medizinischen Notlage befindet, oder nicht mehr ansprechbar ist, gilt es natürlich die 112 zu rufen. Nicht die Stadt Krefeld, sondern vor allem soziale Hilfsorganisationen wie die Diakonie und der Caritasverband kümmern sich um die nächtliche Versorgung der Personen ohne festen Wohnsitz.

Der Krefelder Kältebus wird betrieben vom Obdachlosenhilfe-linker-Niederrhein e.V., deren Geschäftsführer Horst Renner in zahlreichen Medienberichten beklagt, die finanziellen Mittel würden dem spendenfinanzierten Verein fehlen. Die Stadt widerspricht: Eine finanzielle Bezuschussung der Stadt biete man an, der Verein weigere sich lediglich, diese zu beantragen. Laut

der Stadt würden die Notunterkünfte außerdem ausreichend sein (WZ vom 27.01.2017 und 7.02.2018). Mit Ruhm bekleckert sich hier niemand.

Kälte im Herzen: Auf der offiziellen Facebookseite des Obdachlosenhilfe-linker-Niederrhein e.V.s äußert man sich rassistisch gegenüber Menschen auf der Flucht, es wird geschwurbelt und auf eine pegidaeske Seite verwiesen, mit der Forderung nach Wohnraum für explizit „deutsche Obdachlose“. DIE LINKE, Krefeld fragt sich: Wer forderte noch gleich „das Recht auf Lebensraum für das deutsche Volk“?

Auch waren die Leidtragenden eines weiteren erbitterten Streits um Horst Renner die Personen ohne festen Wohnsitz. Über diesen Konflikt, das Krefelder Begegnungscafé und die Vorwürfe der Aktivistin für Obdachlosenrechte Sabrina Tophofen, bei Renners Verein gäbe Dubiositäten, was die Spendengelder angeht, berichtet DIE LINKE, Krefeld beim nächsten Mal in der Roten Krähe.

DIE BIS IN DIE KNOCHEN ZIEHT

DIE LINKE, Krefeld fordert: Da, wo Menschen in bitteren Notsituationen geholfen werden muss, ist kein Platz für menschenverachtende Ideologie. Jede Person, die in den nahenden Winternächten erfrieren wird, ist eine zu viel. Deshalb setzt die DIE LINKE, Krefeld sich für die Etablierung eines Kältebusses ein, der finanziell gesichert und zuverlässig allen helfen kann, die die Hilfe benötigen. Andere Städte schaffen es schließlich auch.

KV Anne Vogt
Kreisvorstand DIE LINKE, Krefeld

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36350/umfrage/anzahl-der-wohnungslosen-in-deutschland-seit-1995/>
² Telefonnummern unter <https://kaeltkarte.de>



UNSER STADTBAD



**UND EIN RATS BESCHLUSS,
DER SEIN SCHICKSAL BESIEGELT – EIN NACHRUF**

Manchmal neigt man als Bürgerin einer Stadt dazu, Dinge auch etwas sentimental zu betrachten. Aber wie könnte man Kommunalpolitikerin sein, wenn nicht aus Liebe zu seiner Stadt und seinen Denkmälern. Ich bin als Abiturientin den ein oder anderen Morgen vor der Schule ins Stadtbad zum schwimmen gegangen. Es war ein erhabenes Gefühl wenn die eigenen Schritte im langen hohen Flur widerhallten wenn man auf die Halle des altehrwürdigen Herrenbades zunging. Schon aus der Ferne hörte man das fröhliche laute Plaudern einer Runde älterer Herren, die im Schwimmbad jeden Morgen Party feierte und ihre Kumpanen lauthals begrüßte oder verabschiedete. Es schien ein ganz besonderes Sozietop zu sein. Solche oder ähnliche Szenen haben die Krefelderinnen und Krefelder im Kopf, wenn wir sie auf der Straße an das alte Stadtbad an der Neusserstraße erinnern. Viele haben dort schwimmen gelernt, für viele war es ein wichtiges Stück Heimat, ein wichtiges Identifikationsobjekt in ihrer Stadt.

DAS STADTBAD ALS KULTURELLER BEGEGNUNGSORT

Als die CDU das Stadtbad 2003 aus Kostengründen schloss und als Alternative das Hallenbad in Fischeln bauen ließ, lag das Stadtbad für viele Jahre brach. Und so haben es viele von uns sehr begrüßt, als der Verein der Freischwimmer sich grün-

dete, um sich das riesige Areal rund um das Bad Stück für Stück anzueignen. Inzwischen ist es ihnen gelungen, Förderprogramme des Landes zu akquirieren, um Ideen für kulturelle Begegnung, Veranstaltungen, für Gastronomie und kreative Aktivitäten umzusetzen. Auch wir Linken bewundern den kreativen und selbstaufopfernden Unternehmergeist der Freischwimmer! Wir sind jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass es das wichtigste für die Bevölkerung in der Innenstadt wäre, wieder ein Schwimmbad zu haben. Und wir sind uns ziemlich sicher: In diesem riesigen Areal des Stadtbads an der Neusserstraße ist Platz für beides! Das deutschlandweit bedeutendste Jugendstil-Schwimmbad der Kaiserzeit, mit seinen zwei Schwimmhallen, seinen prunkvollen Saunaräumen und seinen vielen Badezimmern lässt jedes Herz höher schlagen. Und die ohnehin schon von der Hässlichkeit und Belanglosigkeit ihrer Innenstadt geschundenen Bürgerinnen und Bürger sollten dieses kulturhistorische Denkmal wieder in ihrer ganzen Originalität und ursprünglichen Bedeutung und Funktion er-

fahren können, indem sie dort tatsächlich wieder schwimmen gehen können!

NIX MEHR HERRENPARTY MORGENS UM 6 UHR!

Daraus wird nun nichts! Obwohl die Linke in der letzten Ratssitzung eine geheime Abstimmung beantragt hatte, setzte sich eine knappe Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP durch. Das Gutachten eines Berliner Architekten hatte ergeben, dass die Revitalisierung des alten Herrenbades zwar grundsätzlich möglich sei, aber 15 Millionen Euro kosten würde. Zudem müsse für Duschen, Umkleiden und Technik sehr in die Bausubstanz eingegriffen werden, da die Bereiche, die ehemals dafür zur Verfügung standen, bereits per Ratsbeschluss den Freischwimmern zugesprochen worden waren.

„Schwimmen in der Herrenhalle würde die Konzepte für Quartiers-, Gründungs-, Stadtentwicklungs- und Kulturnutzungen, die bereits in Vorbereitung sind, stark einschränken.“

hieß es im Ergebnis des Prüfauftrages. Und so entschied man sich, lieber für 10 Millionen ein neues Hallenbad an der Gerberstraße zu bauen, und das auch nur für den Lehrbetrieb. Nix Herrenparty morgens um 6 Uhr in Krefeld.

5 Millionen Euro Unterschied waren für die FDP, die das Zünglein an der Waage in dieser Entscheidung hätte sein können, Grund genug, es als finanziell unsolid anzusehen, sich für das alte Bad zu entscheiden. Ein Affenhaus mit 17 Millionen Eigenbeteiligung durch die Stadt waren hingegen in der selben Ratssitzung gar kein Problem.

DAS HEIMATMINISTERIUM BEDAUERT DIE KREFELDER ENTSCHEIDUNG

In anderen Städten war es möglich alte Jugendstilbäder mithilfe von Fördergeldern von Land und Bund ihrer ursprünglichen Funktion zuzuführen. Aachen und Viersen sind nur zwei Beispiele. Für eine Revitali-

sierung des Stadtbades existieren keine Fördergelder, behauptete der Oberbürgermeister auf Anfrage der Linken. Nun gut, nur allzu bekannt ist, dass die Verwaltung im Bereich Fördermittelakquise chronisch unterbesetzt ist und kaum den Angeboten, die es landes- und bundesweit gibt, nachkommt. Tatsächlich haben wir beim Heimatministerium NRW, das für einen Großteil der Fördermittel für Kommunen zuständig ist, auch jene, die beim Bund abzurufen sind, angerufen. Dort war man über den Fall bestens informiert und klärte uns auf, dass sich die Stadt Krefeld zu keinem Zeitpunkt um Fördermittel für die Revitalisierung des Schwimmbades bemüht hatte. Und das sehr zum Bedauern des Heimatministeriums! Anfragen seitens der Krefelder Verwaltung hätten einen sehr engen Rahmen gesteckt, der lediglich auf die Bedürfnisse der Freischwimmer abzielte nicht aber auf die Option, das Schwimmen im alten Stadtbad wieder zu ermöglichen.

Keinesfalls wollen wir uns gegen die Freischwimmer positionieren. Es geht ledig-

lich darum, ihren Wirkradius im Areal des Stadtbades ausgewogen abzumessen, um eben auch die berechtigten Interessen der Familien mit Kindern, der Rentnerinnen und Rentner und vieler anderer aus der Umgebung zu berücksichtigen, wenn es um die Nutzung dieses Juwels geht. Bekannt ist, dass der Freischwimmverein ein Lieblingsprojekt der SPD ist. Für ihre Anliegen hat sich der Oberbürgermeister immer persönlich in die Bresche geschmissen, Pläne der Freischwimmer werden in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung ausgearbeitet. Da liegt es nahe, dass Grüne und FDP bei der Entscheidung für oder gegen das Schwimmen im alten Stadtbad vor allem im Zwangsmantel koalitionsärer Vereinbarungen gesteckt haben. Und sei es gegen die Interessen eines großen Teils der Bevölkerung!

SCHULDEN MACHEN JETZT!



ARMUTSBEKÄMPFUNG STATT INVESTITIONSTAU

Anstatt mit genügend Mitteln das immer deutlicher und schlimmer werdende Elend in unserer Stadt zu lindern und die wachsende Armut zu bekämpfen, konzentriert sich der Krefelder Haushaltsentwurf unseres Kämmers aufs Sparen.

Besonders die Corona-Krise hat die Stadt wie so viele andere Kommunen vor finanzielle große Herausforderungen gestellt. Damit nicht sämtliche Städte und Gemeinden wieder in den Nothaushalt rutschen, hat das Land NRW ihnen eine sogenannte „Bilanzierungshilfe“ angeboten. Mit ihr könnten die eklatanten Mehrausgaben, die durch Corona entstanden sind, ermittelt werden und über einen Zeitraum von 50 Jahren zurück gezahlt werden.

Doch bereits für das Haushaltsjahr 2021 hatte sich die Koalition aus SPD, Grüne und FDP auf Drängen der FDP hin dazu entschieden, dieses Angebot des Landes nicht in Anspruch zu nehmen und statt dessen die neu hinzu gekommenen Schul-

den und die Mehrausgaben, die coronabedingt ja noch ins Haus stehen, bereits bis zum Jahr 2025 eigenkapitalmindernd aus städtischen Rücklagen zu begleichen. Dabei handelt es sich um einen Betrag von über 90 Millionen Euro. Diese Summe wird unserer Stadt in den nächsten Jahren bitter fehlen, wenn es darum geht, die dringend anstehenden Investitionen zu tätigen, das soziale Leben in der Stadt zu verbessern und Armut und Wohnungslosigkeit zu bekämpfen.

DIE LINKE RATSGRUPPE IN KREFELD FORDERT EIN GRUNDSÄTZLICHES UMDENKEN IM UMGANG MIT DEN KREFELDER FINANZEN!

Ja, es ist richtig, wie der Kämmerer im Vorbericht des Haushaltsplans schreibt, dass es „unabdingbar ist, dass den Kommunen seitens des Bund und Land weitere „echte“ finanzielle Hilfen in Form von Zuweisungen“ zuteil werden. „Doch wir können nicht darauf warten“ ist Ratsgruppenspre-

cher Basri Cakir überzeugt: „Die Präventionsarbeit ist besonders wichtig. Wir müssen jetzt handeln, sonst erdrücken uns die sozialen Folgekosten! Der Bau der Obdachlosenunterkunft muss im nächsten Jahr begonnen und Mitte 2023 fertig gestellt werden, allein dafür benötigt das Zentrale Gebäudemanagement über 14 Millionen Euro! In den letzten zwei Jahren ist das Elend in Krefeld erkennbar gewachsen. Schon vor der Corona-Pandemie gab es hier hunderte Obdachlose, immer mehr Drogenkranke, und fast jedes vierte Kind lebte in Armut. Jetzt sind die Probleme noch offensichtlicher geworden. Krefeld darf beim Haushalt 2022 nicht kleckern! Ein begrenzter Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage und die Aufnahme investiver Kredite von mindestens 16 Millionen Euro muss in 2022 möglich sein!“

Des weiteren stehen Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen an, für die Geld in die Hand genommen werden muss. Eben-

so die energetische Sanierung vieler städtischer Gebäude, z.B. des Südbahnhofs.

Die freien Träger der Wohlfahrtspflege benötigen mehr Personal, um der wachsenden Zahl der Menschen zu helfen, die im Elend leben.

Der beschlossene Drogenkonsumraum muss spätestens Anfang 2023 nutzbar sein, auch dafür werden 2022 Mittel in voraussichtlich sechsstelliger Höhe gebraucht.

Die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit benötigen ebenfalls mehr Mittel.

Ehrenamtliche Initiativen wie EMMAUS, „Dein Name ist Mensch“ und andere lindern das Elend der wohnungslosen Menschen. Wirksame Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt für ihre Tagestreffs wären hilfreich. Die freiwilligen Zuschüsse sollen nach dem aktuellen Haushaltsplanentwurf aber nicht deutlich steigen.

„Die freie Kulturszene kämpft um ihre Existenz und ist durch die Corona-Pandemie bedrohter denn je. Nicht nur muss der Kulturfonds fortgeführt werden, um einen Kahlschlag besonders in der freien Szene zu vermeiden, auch braucht es im mindestens zwei Kulturarbeitsstellen für Fördermittelakquise und eine zentralisierte Koordination der Veranstaltungen und Vermittlung an Politik und Stadtgesellschaft“ fordert Ratsfrau und kulturpolitische Sprecherin Julia Suermond.

IN ZEITEN DER NIEDRIGZINSEN MACHEN KREDITE SINN!

Um wirkliche Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen, sollte wenigstens die Hälfte der Schuldensumme über 50 Jahre abgeschrieben und zurückgezahlt werden.

DIE LINKE. Ratsgruppe Krefeld hat daher im letzten Finanzausschuss beantragt, den Haushaltsentwurf dahingehend zu ändern, das Eigenkapital in 2022 für die dringend

anstehenden Investitionen nutzen zu können und investive Kredite in weit größerem Maße vorzusehen. Es macht auch aus ökonomischer Sicht keinen Sinn, JETZT, in einer Zeit der Niedrigzinsen, nur wenig Kredit für Investitionen aufzunehmen. Der mit dem Haushaltsbegleitbeschluss aus dem Mai 2021 beschlossene Plan, die in der Bilanzierungshilfe isolierten coronabedingten Mehrbelastungen 2025 fast gänzlich oder vollständig dem Land NRW aus den Rücklagen zurückzuzahlen, weist in die völlig falsche Richtung. Leider blieb der Antrag ohne Erfolg, in der jetzigen Fassung folgt der Haushaltsentwurf weiter diesem völlig unverantwortlichen und falschen Paradigma.

Stephan Hagemes
Geschäftsführer der Ratsgruppe DIE LINKE. Krefeld
Mitglied im Sozialausschuss



DROGENKONSUMRAUM DÜSSELDORF VORBILD FÜR KREFELD

Im August 2021 besuchte ich mit Stephan Hagemes, unserem sozialpolitischen Sprecher, den Drogenkonsumraum (DKR) der Düsseldorfer Drogenhilfe e.V. Der Besuch wurde mit Michael Harbaum, dem Leiter des DKRs vereinbart, um von diesem seit 15 Jahren erfolgreichen Projekt für unsere Stadt zu lernen. Denn in Krefeld war es 2021 endlich gelungen, einen Beschluss des Sozialausschusses für die Schaffung dieser gesundheits-, sozial- und ordnungspolitischen Hilfseinrichtung für Drogensüchtige herbeizuführen.

Wir stehen in einem Düsseldorfer Innenhof in der Nähe des Worringer Platzes. Das rege Kommen und Gehen, die Gespräche von der Terrasse umgeben uns. Ab und an wird der Leiter des Drogenkonsumraums Düsseldorf von Nutzer:innen des DKRs und des Cafés begrüßt.

Der DKR ist an einen Tagestreff mit Café angeschlossen, der Drogenhilfe e.V. versucht mit Betreutem Wohnen für Drogensüchtige und dem Tagestreff neben dem DKR den Menschen umfassend zu helfen.

Als sog. "Überlebenshilfe" ist der DKR nur ein Teil des ganzheitlichen Konzeptes der Drogenhilfe.

Er ist Element einer Sozialarbeit, bei der es darum geht, den Suchterkrankten in seiner Sucht anzunehmen und ihm Hilfestellung zu geben. Vorrangiges Ziel ist die Prävention von Drogennotfällen und HIV-Übertragungen. Die Möglichkeit, allgemeine und suchtbetragene Hilfe und Be-

ratung zu bekommen, gehört notwendig zum Konzept. Auch der gute Kontakt zur Nachbarschaft und die Sorge für Sauberkeit in der Umgebung der Einrichtung sind sehr wichtig. Die ganze Struktur sei über Jahre gewachsen, erklärt uns Herr Harbaum. 2020 wurden über 70.000 Konsumvorgänge im DKR gezählt. Für die gute Annahme des DKR durch die Drogensüchtigen sei es nötig, die Einrichtung in der Nähe des gewöhnlichen Aufenthaltsortes der Drogenszene zu betreiben. Mehr als 500 Meter Entfernung könnten schon zuviel sein.

Am Ende des Besuchs schauen wir uns noch kurz die Anmeldung und den eigentlichen DKR an. Ein Mitarbeiter nimmt die Daten eines Konsumierenden auf. Eine weitere Mitarbeiterin händigt sauberes Besteck (Spritze usw.) aus und kann durch ein verspiegeltes Glasfenster in den Raum, in dem konsumiert wird, hineinschauen. Wir sind uns einig, einen solchen Drogenkonsumraum brauchen wir in Krefeld auch.

DIE LINKE. Krefeld setzt sich schon seit über zehn Jahren für einen Krefelder DKR ein. Wir finden, dass die Zeit drängt. Die Suche nach einem Standort zieht sich aktuell hin, und im Haushalt 2022 sind kaum Mittel für den DKR eingestellt. Generell fordern wir von der Politik, dass sie Menschen mehr Mitsprache bei Themen, die sie betreffen, ermöglicht. Neben Expert:innen sollten unbedingt auch Betroffene in die Planung eingebunden werden.

 **Lars Kinder**
Kreissprecher DIE LINKE. Krefeld

WER HAT'S GEMACHT?

Schreibfraktion:

Anne Vogt, Sebastian Schubert,
Lars Kinder, Stephan Hagemes
und Julia Suermond

Layout und Grafik: herrje

Redaktion: Julia Suermond

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1
47798 Krefeld
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld
Tel. 02151-4461625

dielinke - krefeld.de
dielinke - fraktion - krefeld.de

Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE. 

Artikel der Ratsgruppe DIE LINKE. 

DIE LINKE.